

100 Tage re(a)gieren in Malaysia

100 Tage nach den historischen Parlamentswahlen vom 08. März 2008 hat Malaysia eine bislang ungekannte politische Dynamik entfaltet. Einen vorläufigen Höhepunkt fand die politische Entwicklung in einem angekündigten Mißtrauensvotum gegen den Premierminister und seine Regierung.

Die Nachricht, daß die Sabah Progressive Party (Sapp), ein Mitglied der Regierungskoalition Barisan Nasional (BN), am 23. Juni 2008 ein Mißtrauensvotum gegen Premierminister Badawi initiieren werde, war bislang ohne Präzedenz in der Geschichte Malaysias; zumal noch aus den eigenen Reihen lanciert. Zum Mißtrauensvotum gegen die Regierung ist es letztlich aus formalen Gründen nicht gekommen, daraus geworden ist letztlich eine „Kampfabstimmung“ über die kontrovers diskutierten Maßnahmen der Regierung zur kürzlich durchgeführten drastischen Anhebung der Energiekosten um bis zu 40 Prozent. Die Regierung gewann diese Abstimmung mit 129 Ja-Stimmen gegen 78 Nein-Stimmen der insgesamt 222 Abgeordneten des nationalen Parlaments. Wenngleich das Mißtrauensvotum nicht stattgefunden hat, läßt allein die Tatsache, daß eine Abstimmung über ein „Regierungspaket“ derartige Nervosität in Regierungskreisen hervorgerufen hat, die Signifikanz dieses Vorgangs deutlich werden. Denn er ist letztlich Ausdruck neuer Macht- und Mehrheitsverhältnisse, welche die politische Landschaft auch die ersten 100 Tage nach den Wahlen vom 08. März 2008 bestimmt haben.

Premierminister Badawi und seine Regierungskoalition Barsian National (BN) hatten große Verluste während der Wahl vom 08.

März 2008 hinnehmen müssen. Die über fast fünf Dekaden komfortable Zweidrittel-Mehrheit im nationalen Parlament (222 Stimmen) war von 198 Stimmen (2004) auf 140 Stimmen geschrumpft; 5 Staaten der Föderation (14 Staaten) gingen an die Opposition, darunter die westlichen Wirtschaftszentren des Landes. Die Ursachen für das schlechte Abschneiden der Regierungskoalition BN wurden schnell an der Person des Premierministers festgemacht. Rufe nach seinem Rücktritt aus den eigenen Reihen wurden lauter, ein Prozeß der „Selbsterfleischung“, wie er von einigen Kommentatoren genannt wurde, ließ inhaltliche Differenzen und tiefe personelle Gräben innerhalb des Regierungslagers erkennen. Unterschiedliche prominente Kandidaten stellten sich öffentlich gegen den Premierminister, der sein Amt im Dezember 2008 beim Parteikongreß wird verteidigen müssen.

Neue Machtblöcke fordern mehr Rechte

Daß gerade die Sabah Progressive Party (Sapp) die Initiative zum Mißtrauensvotum übernommen hatte, war nicht zufällig, und läßt einen weiteren Machtblock im Regierungslager erkennen, der dem Premierminister große Sorgen bereiten dürfte. Die der BN angehörenden Parteien aus dem Norden Borneos (Ostmalaysia) stellen insgesamt über 50 Abgeordnete im nationalen Parlament, und wurden als „Königsmacher“ der letzten Wahlen bezeichnet. Sich ihrer gestiegenen Bedeutung sehr bewußt, hatten diese eine größere Repräsentanz im Kabinett und bei der Vergabe öffentlicher Ämter sowie bei der Verteilung von Entwicklungsgeldern für die rückständigen Regionen Ostmalaysias gefordert. Der Premierminister hatte erste Zugeständnisse machen können,

MALAYSIA

DR. THOMAS S. KNIRSCH

24. Juni 2008

www.kas.de/malayisa

etwa bei der Nominierung des Parlamentspräsidenten aus Sabah, dennoch scheint das Entgegenkommen bislang den Forderungen noch nicht entsprochen zu haben.

Die Nachwahluntersuchungen vom 08. März 2008 ließen erkennen, daß vornehmlich Protestwähler und junge Erstwähler entscheidend für den Wahlausgang waren. Korruption, Arroganz der Eliten, Kriminalität, Inflation, ethnische Intoleranz schienen die dominierenden Themen für deren Wahlentscheidung gewesen zu sein. Nur wenige Wochen nach der Wahl leitete die Regierung daher bereits erste Schritte zur Bekämpfung der allgegenwärtigen Korruption (Gründung einer Anti-Korruptions-Kommission) und der Reform des Justizwesens ein, die von der Öffentlichkeit positiv kommentiert und begleitet wurden. Anfang Juni aber, auf einer Veranstaltung die von der Konrad-Adenauer-Stiftung mitorganisiert wurde, kündigte der Premierminister dann erstmals drastische Schritte zur Sanierung der Staatsausgaben an: die Erhöhung der Energiepreise, sprich die Reduzierung von Subventionen um bis zu 40 Prozent. Die Reaktionen der Öffentlichkeit fielen entsprechend kritisch aus und haben der Popularität des Premierministers und seiner Regierung nicht gerade genutzt. Auch ist zu erwarten, daß die breite parlamentarische Zustimmung dieser Maßnahmen durch die „Kampfabstimmung“ vom 23. Juni 2008 das Ansehen der Regierung in der Öffentlichkeit nicht gerade beflügelt haben dürfte. Ob es allerdings eine Alternative zu diesen drastischen Maßnahmen angesichts der Ölpreise auf dem Weltmarkt wirklich gegeben hätte, wird in der Diskussion eher sekundär bleiben. Für Juli 2008 jedenfalls haben Gruppen der Zivilgesellschaft zu Großdemonstrationen gegen die Energiepreise aufgerufen, die zu einer weiteren Bewährungsprobe für die Regierung Badawi werden könnten.

Die Bedeutung der Opposition wächst weiter

Die Abstimmung vom 23. Juni 2008 hat einen weiteren Machtfaktor deutlich werden

lassen, dessen Bedeutung Premierminister Badawi immer bewußter werden dürfte: die Rolle der Opposition. Sie ist zu einem für Malaysia neuen Faktor der Beschaffung oder dem Verlust von parlamentarischen Mehrheiten geworden. Einige politische Kommentatoren sahen gar Oppositionskreise als die eigentlichen Drahtzieher hinter dem angekündigten Mißtrauensvotum gegen den Premierminister; bestätigt werden konnte dies jedoch bislang nicht.

Das Oppositionsbündnis, Pakatan Rakyat (Volksbündnis), aus Parti Keadilan Rakyat (PKR), Democratic Action Party (DAP) und Parti Islam Se-Malaysia (PAS), stellt nunmehr 82 Abgeordnete im nationalen Parlament und die Regierung in 5 Staaten des Landes. Das Bündnis wird in der öffentlichen Wahrnehmung vertreten durch den *de facto* Führer der PKR, den ehemaligen Vize-Premierminister Anwar Ibrahim. Formal angeführt wird die Opposition im nationalen Parlament durch dessen Frau, Dr. Wan Azizah Wan Ismail, da Anwar Ibrahim bislang kein parlamentarisches Mandat hat. Dennoch hat er seine politischen Absichten in den letzten Wochen stets klar geäußert. Er sehe die Opposition als die Regierung im Wartestand und sich als Kopf dieser neuen Regierung, die voraussichtlich im September 2008 die Regierungsverantwortung übernehmen werde.

Die Chancen für dieses Szenario dürfte die Regierung bislang jedenfalls als durchaus realistisch eingeschätzt haben, da immer wieder Gerüchte und die Verurteilung bevorstehende Parteiübertritte in den regierungsnahen Medien thematisiert wurden. Auch intern wurden Parteien der Regierungskoalition auf ihre Loyalität zum Premierminister „eingeschworen“ - so noch in Parteisitzungen am Wochenende vor der Parlamentsabstimmung vom 23. Juni 2008 intensiv geschehen. Zur Mehrheitsbildung für die Opposition bedürfte es faktisch 30 Stimmen. Anwar Ibrahim betonte in den letzten Wochen immer wieder, daß ihm vor allem Stimmen aus Sabah sicher wären; was natürlich erst noch zu beweisen ist.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MALAYSIA

DR. THOMAS S. KNIRSCH

24. Juni 2008

www.kas.de/malayisa

Die „Kampfabstimmung“ vom 23. Juni 2008 kann daher auch als ein „Testdurchlauf“ für die Opposition gewertet werden. Denn gerade die Tatsache, daß eine kleine Partei aus Sabah das erste Mißtrauensvotum gegen den Premierminister in der Geschichte Malaysias initiierte, könnte hierfür Indizien liefern. Ob das Ergebnis die Opposition ermuntert haben könnte, einen weiteren Anlauf im September 2008 zu versuchen, bleibt abzuwarten. Das Ergebnis jedenfalls allein als einen Sieg der Regierung über die Opposition, wie von der Regierungspresse propagiert wurde, und als einen Vertrauensbeweis über die ersten 100 Tage des Regierung Badawi zu bewerten, dürfte jedenfalls zu kurz greifen. Das Ergebnis zeigt jedoch eines deutlich: Das politische System Malaysias ist auf dem Weg, eine zweite politische Kraft zu etablieren, die Opposition. Dies könnte langfristig zu einem Zweiparteien-System führen und zu einem weiteren Meilenstein der demokratischen Entwicklung Malaysias werden.